

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG WOCHENBERICHT 3/75

Berlin

16. Januar 1975

42. Jahrgang

*Häglin*

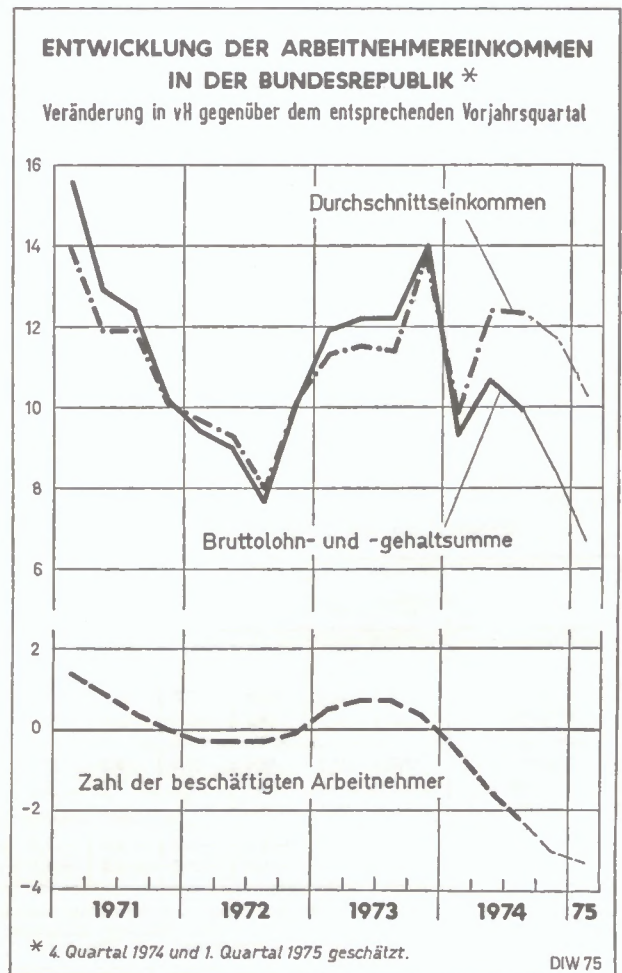
### Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe

#### Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1974

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich seit Jahresbeginn 1974 kontinuierlich verschlechtert. Industrielle Produktion und reales Bruttosozialprodukt gingen im dritten Quartal 1974 konjunkturell zurück. Dabei hat sich der Arbeitskräftebedarf erheblich reduziert, die Arbeitslosenzahl ist verstärkt gestiegen. Im Berichtsquartal war fast eine halbe Million Arbeitnehmer (-2,2 vH) weniger beschäftigt als zur vergleichbaren Vorjahrszeit.

Die in der ersten Jahreshälfte 1974 abgeschlossenen Tarifverträge, die durchschnittliche Lohnerhöhungen von rund 12 vH vorsahen, blieben auch für die Einkommensentwicklung im dritten Quartal bestimmend. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme expandierte mit knapp 10 vH (Vorjahrsvergleich) zwar schwächer als im Vorquartal, dies aber hauptsächlich aufgrund der rückläufigen Beschäftigtenzahl. Für die beschäftigten Arbeitnehmer wurde die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage daneben in Arbeitszeitverkürzungen spürbar; der Anstieg der durchschnittlichen Individualeinkommen wurde davon bislang aber nur sehr wenig berührt.

Auch auf die Lohndrift hat sich im Berichtsquartal die ungünstige Lage am Arbeitsmarkt kaum ausgewirkt: Effektive und tarifliche Verdienste der Arbeitnehmer haben fast im Gleichschritt zugenommen.

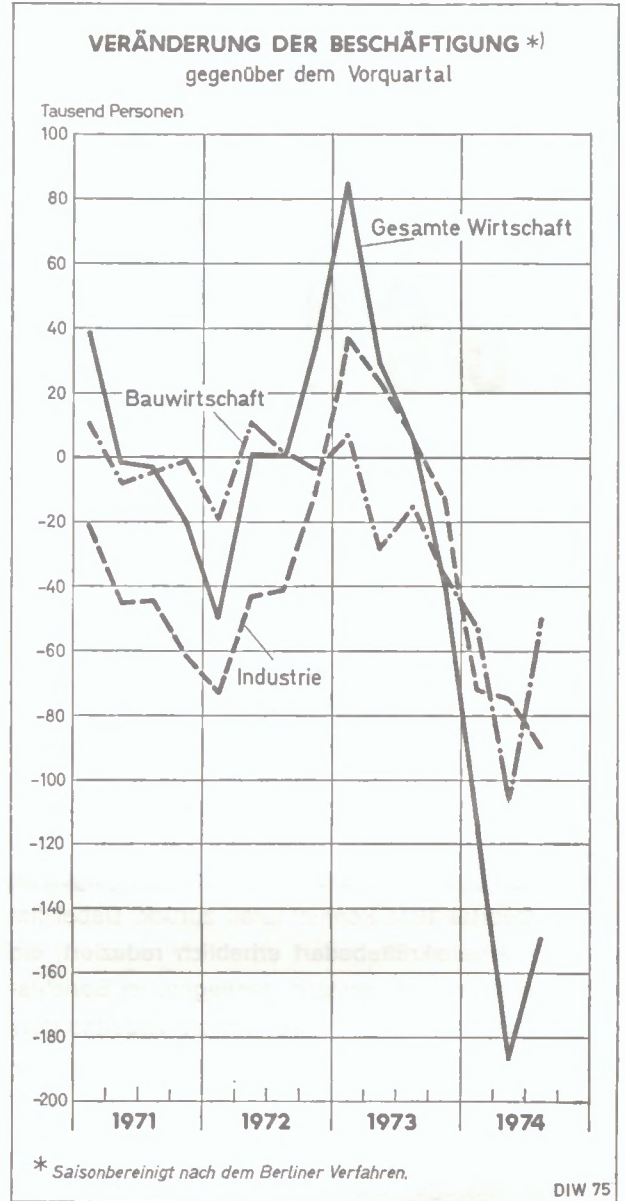


Dabei ergab sich für die Arbeiterlöhne eine geringfügig negative Lohndrift (-0,4 vH), während die Angestellten durch stärkere Zunahme der Effektiv-einkommen eine positive Lohndrift von 1,2 Punkten für sich verbuchen konnten.

Bei fast ungebremster Expansion der Individuallöhne und rückläufiger Produktion hat sich der Lohnkostendruck erheblich verstärkt. Für die Gesamtwirtschaft beschleunigte sich der Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit auf 11 vH (in der ersten Jahreshälfte + 8,5 vH). In der Industrie lagen die Lohnstückkosten sogar um 12 vH höher als ein Jahr zuvor, stiegen also – wie schon im vorangegangenen Quartal – noch stärker als die gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten, Ausdruck der größeren Nominallohnsteigerungen und einem erheblich verminderten Produktivitätszuwachs.

**Beschäftigung**

Die Zahl der Beschäftigten ist im Berichtsquartal unvermindert stark zurückgegangen. Saisonbereinigt sank sie gegenüber dem Vorquartal um 150 000; dabei wurde das Vorjahrsniveau um rund 500 000 – das sind 2,2 vH – unterschritten. Der Rückgang führte nicht zu einer entsprechenden Zunahme der Arbeitslosigkeit; diese stieg im Vorjahrsvergleich um rund 300 000. Die geringere Belastung des Arbeitsmarktes ist auf das schrumpfende Potential an Erwerbskräften zurückzuführen. Offensichtlich haben nun aus konjunkturellen Gründen zahlreiche ältere Arbeitnehmer die Möglichkeit der flexiblen Altersgrenze genutzt. Überdies hat die allgemeine Ten-



**Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen<sup>1)</sup> und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen**

	1971				1972				1973				1974		
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit															
Arbeiter <sup>2)</sup> . . .															
effektiv . . .	15,2	11,4	10,8	7,5	10,4	9,1	7,5	11,6	11,9	11,1	11,3	11,8	9,0	11,2	11,7
tariflich <sup>3)</sup> . . .	15,2	14,2	14,2	10,4	10,1	10,5	9,0	9,0	9,6	9,9	10,0	10,0	10,8	11,4	12,1
Angestellte <sup>4)</sup> . . .															
effektiv . . .	12,9	11,7	12,5	11,0	9,3	10,3	8,6	9,4	10,9	12,0	11,4	14,0	10,2	12,7	13,1
tariflich <sup>3)</sup> . . .	11,3	11,3	11,1	8,7	8,8	9,2	9,8	9,7	9,5	10,5	9,3	9,4	10,8	11,1	11,9
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate															
Arbeiter . . . . .	± 0,0	- 2,8	- 3,4	- 2,9	+ 0,3	- 1,4	- 1,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,8	- 1,8	- 0,2	- 0,4
Angestellte . . . . .	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,4	+ 2,3	+ 0,5	+ 1,1	- 1,2	- 0,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,1	+ 4,6	- 0,6	+ 1,6	+ 1,2

1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. – 2) Alle Wirtschaftszweige außer Landwirtschaft, Handwerk, Geld-, Bank- und Versicherungswesen, Gaststättenwesen, Kunst und Unterhaltung, häusliche Dienste, Dienstleistungshandwerk und sonstige Dienstleistungen. – 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres. – 4) Wie Anm. 2), aber einschl. Geld-, Bank- und Versicherungswesen.

**Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl<sup>1)</sup>**

In 1000 Personen

	1971			1972				1973				1974		
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Land- und Forstwirtschaft	306	303	302	300	298	297	295	295	293	291	289	289	287	285
Produzierendes Gewerbe	12 083	12 035	11 972	11 881	11 851	11 816	11 800	11 850	11 847	11 835	11 781	11 652	11 468	11 320
dar.: Industrie . . . .	9 035	8 991	8 929	8 857	8 814	8 775	8 762	8 799	8 823	8 828	8 812	8 740	8 665	8 575
Baugewerbe . . . .	1 926	1 922	1 921	1 902	1 913	1 914	1 911	1 922	1 894	1 880	1 842	1 789	1 683	1 633
Handel und Verkehr . . .	4 177	4 196	4 211	4 225	4 234	4 241	4 244	4 254	4 265	4 273	4 271	4 251	4 225	4 203
Dienstleistungen . . . .	5 836	5 866	5 895	5 924	5 948	5 982	6 023	6 050	6 073	6 087	6 101	6 134	6 159	6 183
Beschäftigte, gesamt . .	22 403	22 400	22 380	22 330	22 332	22 336	22 362	22 449	22 478	22 486	22 442	22 326	22 139	21 990

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

denz zu längerer Ausbildung den Zugang von Berufsanfängern weiterhin eingeschränkt.

Saisonbereinigt hat sich der Anstieg der Arbeitslosenzahl jedoch verstärkt: Ende September war diese Zahl um 168 000 Personen höher als Ende Juni. Zugleich ist die Zahl der offenen Stellen weiter geschrumpft: von Juni bis September 1974 um 48 000. Im statistischen Durchschnitt entfiel am Ende des dritten Quartals auf drei Arbeitssuchende nur noch ein offener Arbeitsplatz. Zugenommen hat ebenfalls die Zahl der Kurzarbeiter: Sie betrug Ende September 265 000 Personen.

Mit steigender Arbeitslosigkeit veränderte sich die Struktur der Arbeitssuchenden. So sind jetzt überdurchschnittlich viele Frauen und Ausländer arbeitslos geworden. Wegen des Anwerbstopps für Ausländer kehren diese bei Arbeitslosigkeit nicht mehr sofort in das Heimatland zurück, sondern schöpfen die in der Arbeitserlaubnis vorgesehene Frist voll aus. Auch Jugendliche, insbesondere Berufsanfänger, sind nun häufiger als Arbeitssuchende registriert.

Die Beschäftigtenzahl ist — abgesehen vom Dienstleistungsbereich — in allen Sektoren zurückgegangen. Dabei hat sich der Schwerpunkt im Berichtsquartal von der Bauwirtschaft stärker zur Industrie verschoben. Hier nahm die Beschäftigung gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 90 000 ab; selbst exportorientierte Bereiche mußten nun größere Beschäftigungseinbußen hinnehmen. Im Bergbau ist der seit vielen Jahren anhaltende Beschäftigungsrückgang allerdings zum Stillstand gekommen, Ausdruck der veränderten Lage an den Energiemärkten. Schwerpunkte des Beschäftigtenabbaus in der Indu-

strie waren die Investitionsgüterindustrie (saisonbereinigt — 34 000) sowie nach wie vor die Verbrauchsgüterindustrie (— 37 000).

Eine Betrachtung nach Industriezweigen zeigt, daß allein die eisenschaffende (von Juni bis September 1974 + 3000) und die chemische Industrie (+ 6000) ihre Beschäftigtenzahl noch erhöht haben, alle anderen Zweige verminderten ihren Arbeitskräfteeinsatz. Besonders kräftig war der Personalrückgang im Straßenfahrzeugbau (— 13 000), wengleich geringer als erwartet, weil hier sicherlich noch Arbeitskräfte in größerem Umfang „gehörtet“ wurden. In der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie insgesamt reduzierte sich der Beschäftigtenstand ebenfalls um 13 000; er nahm damit aber weniger stark als im Vorquartal (— 23 000) ab.

In der Bauwirtschaft war der übliche Frühjahrsanstieg 1974 völlig ausgeblieben, so daß im zweiten Quartal 1974 mit saisonbereinigt 106 000 weit über die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigtenrückgangs auf diesen Bereich entfallen war. Im Berichtsquartal hat sich dieser starke Abstieg verlangsamt. Allerdings schrumpfte die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt nochmals um 50 000, womit der entsprechende Vorjahrsstand um 12,7 vH unterschritten wurde.

**Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden**  
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1972	1973				1974		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Industrie <sup>1)</sup> . . . .	+ 0,0	+ 1,2	- 0,6	- 0,6	- 1,3	- 3,3	- 2,9	- 2,3
Bauhauptgewerbe	- 0,2	- 1,2	- 3,3	- 3,7	- 8,8	+ 0,9	- 3,7	- 3,0

<sup>1)</sup> Betriebe mit über 10 Beschäftigten.

**Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2)</sup> im 3. Quartal 1974**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegenüber Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehrlinge	Gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehrlinge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Pers.)												
<b>Land- und Forstwirtschaft</b>	<b>211</b>	<b>162</b>	<b>25</b>	<b>24</b>	<b>93</b>	<b>78</b>	<b>6</b>	<b>9</b>	<b>304</b>	<b>- 2,3</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 1,9</b>
Bergbau	244	194	40	10	7	3	4	0	251	- 2,8	.	- 2,7
Energiewirtschaft	191	123	62	6	23	6	17	0	214	0,5	± 0,0	0,5
Grundstoff- u. Prod.-güterind. <sup>3)</sup>	1 431	1 050	343	38	319	169	138	12	1 750	- 2,1	- 1,5	- 2,0
Investitionsgüterindustrie	2 947	2 002	779	166	1 000	659	312	29	3 947	- 1,1	- 1,5	- 1,2
Verbrauchsgüterindustrie	935	691	213	31	991	824	135	32	1 926	- 6,5	- 7,3	- 6,9
Nahrungs- und Genußmittelind.	321	215	102	4	182	131	47	4	503	- 3,3	- 3,7	- 3,5
<b>Industrie, gesamt</b>	<b>6 069</b>	<b>4 275</b>	<b>1 539</b>	<b>255</b>	<b>2 522</b>	<b>1 792</b>	<b>653</b>	<b>77</b>	<b>8 591</b>	<b>- 2,3</b>	<b>- 4,0</b>	<b>- 2,8</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	860	619	105	136	258	100	124	34	1 118	- 1,3	- 1,9	- 1,4
Baugewerbe	1 586	1 349	140	97	105	13	84	8	1 691	- 13,2	- 3,8	- 12,7
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>8 515</b>	<b>6 243</b>	<b>1 784</b>	<b>488</b>	<b>2 885</b>	<b>1 905</b>	<b>861</b>	<b>119</b>	<b>11 400</b>	<b>- 4,5</b>	<b>- 3,8</b>	<b>- 4,3</b>
Handel	1 325	521	661	143	1 432	244	1 019	169	2 757	- 2,1	- 2,4	- 2,3
Verkehr	1 177	544	591	42	269	90	171	8	1 446	- 0,3	- 0,7	- 0,3
<b>Handel und Verkehr</b>	<b>2 502</b>	<b>1 065</b>	<b>1 252</b>	<b>185</b>	<b>1 701</b>	<b>334</b>	<b>1 190</b>	<b>177</b>	<b>4 203</b>	<b>- 1,3</b>	<b>- 2,1</b>	<b>- 1,6</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup>	2 300	382	1 885	33	1 035	216	792	27	3 335	2,4	2,4	2,4
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	354	14	309	31	317	26	266	25	671	1,1	1,3	1,2
Gaststättenwesen	144	83	44	17	236	147	81	8	380	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Häusliche Dienste	1	—	1	—	256	173	72	11	257	.	± 0,2	± 0,2
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup>	82	63	12	7	333	240	48	45	415	1,2	0,3	0,5
Sonstige Dienstleistungen	381	94	263	24	744	178	515	51	1 125	0,8	0,9	0,9
<b>Dienstleistungen, gesamt</b>	<b>3 262</b>	<b>636</b>	<b>2 514</b>	<b>112</b>	<b>2 921</b>	<b>980</b>	<b>1 774</b>	<b>167</b>	<b>6 183</b>	<b>1,9</b>	<b>1,1</b>	<b>1,6</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>14 490</b>	<b>8 106</b>	<b>5 575</b>	<b>809</b>	<b>7 600</b>	<b>3 297</b>	<b>3 831</b>	<b>472</b>	<b>22 090</b>	<b>- 2,5</b>	<b>- 1,5</b>	<b>- 2,2</b>
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)												
<b>Land- und Forstwirtschaft</b>	<b>763</b>	<b>576</b>	<b>165</b>	<b>22</b>	<b>236</b>	<b>204</b>	<b>24</b>	<b>8</b>	<b>999</b>	<b>7,9</b>	<b>9,8</b>	<b>8,4</b>
Bergbau	1 541	1 125	406	10	38	15	23	0	1 579	14,8	.	14,8
Energiewirtschaft	1 243	752	485	6	127	27	100	0	1 370	12,5	12,4	12,5
Grundstoff- u. Prod.-güterind. <sup>3)</sup>	9 615	6 339	3 234	42	4 457	666	779	12	11 072	11,7	13,4	12,0
Investitionsgüterindustrie	18 914	11 853	6 886	175	4 390	2 607	1 754	29	23 304	12,8	12,7	12,8
Verbrauchsgüterindustrie	5 248	3 531	1 683	34	3 520	2 816	681	33	8 768	4,6	4,0	4,4
Nahrungs- und Genußmittelind.	1 963	1 162	797	4	665	422	239	4	2 628	8,3	8,7	8,4
<b>Industrie, gesamt</b>	<b>38 524</b>	<b>24 762</b>	<b>13 491</b>	<b>271</b>	<b>10 197</b>	<b>6 543</b>	<b>3 576</b>	<b>78</b>	<b>48 721</b>	<b>11,2</b>	<b>9,4</b>	<b>10,8</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	3 566	2 855	590	121	738	298	411	29	4 304	8,3	8,1	8,2
Baugewerbe	9 196	7 903	1 195	98	447	55	384	8	9 643	- 6,7	4,4	- 6,2
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>51 286</b>	<b>35 520</b>	<b>15 276</b>	<b>490</b>	<b>11 382</b>	<b>6 896</b>	<b>4 371</b>	<b>115</b>	<b>62 668</b>	<b>7,3</b>	<b>9,1</b>	<b>8,6</b>
Handel	6 787	2 330	4 326	131	4 959	794	4 018	147	11 746	8,8	9,2	9,0
Verkehr	6 564	2 820	3 703	41	1 276	380	889	7	7 840	11,6	11,2	11,5
<b>Handel und Verkehr</b>	<b>13 351</b>	<b>5 150</b>	<b>8 029</b>	<b>172</b>	<b>6 235</b>	<b>1 174</b>	<b>4 907</b>	<b>154</b>	<b>19 586</b>	<b>10,1</b>	<b>9,6</b>	<b>10,0</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup>	15 766	2 047	13 682	37	5 833	906	4 898	29	21 599	15,6	16,0	15,8
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	2 120	67	2 020	33	1 367	88	1 254	25	3 487	12,6	13,2	12,8
Gaststättenwesen	665	365	285	15	723	419	298	6	1 388	10,1	10,9	10,5
Häusliche Dienste	5	—	5	—	710	445	256	9	715	.	8,9	9,0
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup>	326	243	77	6	891	663	190	38	1 217	11,3	10,7	10,8
Sonstige Dienstleistungen	2 162	430	1 708	24	2 544	549	1 945	50	4 706	11,3	12,0	11,7
<b>Dienstleistungen, gesamt</b>	<b>21 044</b>	<b>3 152</b>	<b>17 777</b>	<b>115</b>	<b>12 068</b>	<b>3 070</b>	<b>8 841</b>	<b>157</b>	<b>33 112</b>	<b>14,6</b>	<b>13,7</b>	<b>14,3</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>86 444</b>	<b>44 398</b>	<b>41 247</b>	<b>799</b>	<b>29 921</b>	<b>11 344</b>	<b>18 143</b>	<b>434</b>	<b>116 365</b>	<b>9,5</b>	<b>11,0</b>	<b>9,9</b>
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
<b>Land- und Forstwirtschaft</b>	<b>1 205</b>	<b>1 185</b>	<b>2 200</b>	<b>306</b>	<b>846</b>	<b>872</b>	<b>1 333</b>	<b>296</b>	<b>1 095</b>	<b>10,5</b>	<b>10,9</b>	<b>10,5</b>
Bergbau	2 105	1 933	3 383	333	1 810	1 667	1 917	.	2 097	18,1	.	18,0
Energiewirtschaft	2 169	2 038	2 608	333	1 841	1 500	1 961	.	2 134	11,9	12,4	12,0
Grundstoff- u. Prod.-güterind. <sup>3)</sup>	2 240	2 012	3 143	368	1 522	1 314	1 882	333	2 109	14,1	15,2	14,2
Investitionsgüterindustrie	2 139	1 974	2 947	351	1 463	1 319	1 874	333	1 968	14,1	14,4	14,2
Verbrauchsgüterindustrie	1 871	1 703	2 634	366	1 184	1 135	1 681	344	1 517	11,9	12,2	12,1
Nahrungs- und Genußmittelind.	2 038	1 802	2 605	333	1 218	1 074	1 695	333	1 742	12,0	12,8	12,3
<b>Industrie, gesamt</b>	<b>2 116</b>	<b>1 931</b>	<b>2 922</b>	<b>354</b>	<b>1 348</b>	<b>1 217</b>	<b>1 825</b>	<b>338</b>	<b>1 890</b>	<b>13,9</b>	<b>13,9</b>	<b>14,0</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	1 382	1 537	1 873	297	953	993	1 105	284	1 283	9,7	10,1	9,8
Baugewerbe	1 933	1 953	2 845	337	1 419	1 410	1 524	333	1 901	7,6	8,4	7,4
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>2 008</b>	<b>1 897</b>	<b>2 854</b>	<b>335</b>	<b>1 315</b>	<b>1 207</b>	<b>1 692</b>	<b>322</b>	<b>1 832</b>	<b>12,3</b>	<b>13,4</b>	<b>12,5</b>
Handel	1 707	1 491	2 182	305	1 154	1 085	1 314	290	1 420	11,2	11,8	11,5
Verkehr	1 859	1 728	2 089	325	1 581	1 407	1 733	292	1 807	11,8	12,1	11,9
<b>Handel und Verkehr</b>	<b>1 779</b>	<b>1 612</b>	<b>2 138</b>	<b>310</b>	<b>1 222</b>	<b>1 172</b>	<b>1 375</b>	<b>290</b>	<b>1 553</b>	<b>11,6</b>	<b>12,0</b>	<b>11,8</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup>	2 285	1 786	2 419	374	1 879	1 398	2 061	358	2 159	12,9	13,3	13,0
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	1 996	1 595	2 179	355	1 437	1 128	1 571	333	1 732	11,4	11,7	11,5
Gaststättenwesen	1 539	1 466	2 159	294	1 021	950	1 226	250	1 218	10,1	10,9	10,5
Häusliche Dienste	1 667	—	1 667	—	924	857	1 185	273	927	.	10,2	10,3
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup>	1 325	1 286	2 139	286	892	921	1 319	281	978	9,9	10,4	10,3
Sonstige Dienstleistungen	1 892	1 525	2 165	333	1 140	1 028	1 259	327	1 394	10,4	11,0	10,7
<b>Dienstleistungen, gesamt</b>	<b>2 150</b>	<b>1 652</b>	<b>2 357</b>	<b>342</b>	<b>1 377</b>	<b>1 044</b>	<b>1 661</b>	<b>313</b>	<b>1 785</b>	<b>12,4</b>	<b>12,4</b>	<b>12,5</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1 989</b>	<b>1 826</b>	<b>2 466</b>	<b>329</b>	<b>1 312</b>	<b>1 147</b>	<b>1 579</b>	<b>306</b>	<b>1 756</b>	<b>12,3</b>	<b>12,7</b>	<b>12,3</b>

1) Einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West). — 3) Industrie der Steine und Erden. — 4) Einschl. Soldaten. — 5) Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung.

**Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen**

Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1972	1973	1974 <sup>1)</sup>	1972		1973				1974			
				III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV <sup>1)</sup>
Beschäftigung . . . . .	- 0,3	0,5	- 1,8	- 0,3	- 0,1	0,5	0,7	0,7	0,3	- 0,5	- 1,5	- 2,2	- 3,0
Bruttolöhne und -gehälter . . . . .	9,1	12,3	9,5	7,7	10,1	11,9	12,2	12,2	14,0	9,3	10,7	9,9	8,4
Durchschnittseinkommen . . . . .	9,4	11,8	11,5	8,0	10,2	11,3	11,5	11,4	13,7	9,8	12,4	12,3	11,7

<sup>1)</sup> Schätzung.

Verschlechtert hat sich nun auch die Arbeitsmarktlage für Arbeitnehmer in einigen Bereichen des tertiären Sektors. Insbesondere im Handel war die Nachfrage nach Arbeitskräften spürbar geringer; die Beschäftigtenzahl ging hier konjunkturell um 20 000 zurück. Im Dienstleistungsbereich wurden auch im Berichtsquartal noch immer Neueinstellungen begrenzten Umfangs vorgenommen. Weit überwiegend handelt es sich um Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor (Bildung und Gesundheitswesen).

Im Vergleich zur Rezession 1966/67 ist gegenwärtig auch das Risiko für Angestellte, arbeitslos zu werden, gestiegen. In einer entsprechenden Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit zur Struktur der Arbeitslosigkeit<sup>1</sup> ist dieser Tatbestand allerdings überzeichnet. Denn die berufliche Gliederung der Arbeitslosen gibt im Einzelfall nicht immer Auskunft über die verlorene Tätigkeit, sondern nur über die gewünschte neue Beschäftigung. Bei diesen als Vermittlungsziel genannten Tätigkeiten handelt es sich häufiger um Angestellten- als um Arbeiterberufe. In der Gesamtwirtschaft war im Berichtsquartal die Zahl der Arbeiter um fast 500 000 geringer als ein Jahr zuvor, die der Angestellten und Beamten ist dagegen sogar noch leicht gestiegen.

**Durchschnittseinkommen**

Trotz der sich weiter verschlechternden Lage am Arbeitsmarkt haben die durchschnittlichen Einkommen unvermindert stark, in einigen Bereichen sogar beschleunigt zugenommen: Im dritten Quartal 1974 betrug das monatliche durchschnittliche Bruttoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft 1756 DM; im Vorjahrsvergleich errechnet sich ein Anstieg um 12,3 vH. Die noch in der Erwartung günstigerer konjunktureller Bedingungen abgeschlossenen Tarifverträge zu Jahresbeginn blieben bestimmend für das Expansionstempo der Arbeitnehmer-Einkommen, auch nachdem sich die konjunkturelle Lage völlig gewandelt hatte.

Für das Berichtsquartal kam hinzu, daß die erstmalige Auszahlung von schon früher beschlossenen Aufstockungen des Urlaubsgeldes in einigen Bereichen zu den Einkommenssteigerungen beitrugen. Dadurch ist offensichtlich auch der negative Einfluß der geringeren geleisteten Arbeitszeit (Industrie: - 2,3 vH, arbeitstäglich - 4 vH) auf die Verdienste der Lohnempfänger überkompensiert worden. Insgesamt haben die unterschiedlichen Einflüsse auf die Entwicklung der durchschnittlichen Einkommen in den verschiedenen Sektoren bewirkt, daß die Zuwachsraten (Vorjahrsvergleich) ungewöhnlich stark um den Durchschnitt streuten.

Die höchsten Einkommensverbesserungen wurden im Bergbau (Vorjahrsvergleich: + 18 vH) durchgesetzt; die Bergarbeiter sind damit wieder in die Spitzengruppe der Lohnskala aufgerückt. Zu überdurchschnittlichen Einkommenserhöhungen in der Grundstoff- und der Investitionsgüterindustrie (jeweils + 14,2 vH) hat vor allem die Erhöhung des Urlaubsgeldes geführt. Deutlich geringer verlief demgegenüber die Einkommensexpansion in der Verbrauchsgüter- und Nahrungsmittelindustrie (+ 12,3 vH).

In der Bauwirtschaft führte die kritische Nachfragesituation zu einer erneuten Abschwächung in der Einkommensexpansion. Die im Baugewerbe Beschäftigten konnten im Berichtsquartal ihre Einkommen lediglich um 7,4 vH gegenüber dem Vorjahr verbessern, Folge vor allem der erheblich geringeren durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit.

Im öffentlichen Dienst hat sich der Verdienstzuwachs – im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 1974 – wieder weitgehend an das allgemeine Expansions-tempo angepaßt: Mit einer Zunahme der Individual-einkommen um 13 vH wurde die Rate der Gesamt-

<sup>1</sup> Bundesanstalt für Arbeit. Der Präsident. Strukturanalyse der Arbeitslosen. Ergebnisse einer Sonderuntersuchung Ende Mai 1974. Nürnberg, 29. Juli 1974:

wirtschaft nur noch leicht überschritten. Die Diskrepanz zwischen Tarifaufbesserungen und effektiven Einkommenserhöhungen ist kleiner geworden, sogenannte Strukturverbesserungen haben also an Gewicht verloren.

Konjunkturelle Flaute führt in der Regel zu einem im Vergleich zu den Angestellten schwächeren Anstieg der Arbeiterverdienste. Ausschlaggebend dafür ist gegenwärtig das infolge Kurzarbeit und anderer Arbeitszeiteinschränkungen verminderte bezahlte Arbeitsvolumen der Lohnempfänger. So stiegen im dritten Quartal 1974 die durchschnittlichen Lohneinkommen der Arbeiter um 11,3 vH, während die Verdienste der Angestellten (einschließlich Beamte) um 12,8 vH zugenommen haben.

### Ausblick

Die Lage am Arbeitsmarkt ist in den letzten Monaten des Jahres 1974 noch bedrohlicher geworden als erwartet. Damit steht schon heute fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1975 anhaltend durch eine hohe Arbeitslosenzahl gekennzeichnet sein wird.

Im vierten Quartal 1974 ist die Beschäftigtenzahl beschleunigt zurückgegangen, saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um mehr als 200 000; das entsprechende Vorjahrsniveau wurde um 3 vH unterschritten. Im Dezember belief sich die Arbeitslosenzahl auf fast 950 000. Am Ende des Jahres 1974 wurde im statistischen Durchschnitt – saisonberei-

nigt – für vier Arbeitsuchende nur noch ein Arbeitsplatz angeboten.

Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer ist trotz der massierten Entlassungen beträchtlich gestiegen: Sie belief sich Ende Dezember 1974 auf rund 700 000. Dieses hohe Ausmaß der Kurzarbeit deutet auf einen bevorstehenden weiteren Abbau der Beschäftigtenzahl hin. Mit Kurzarbeit wird gegenwärtig wohl nicht mehr allein versucht, eine konjunkturelle „Durststrecke“ zu überwinden; sie dient ebenso der zeitlichen Streckung einer für notwendig gehaltenen Einschränkung des Personalbestandes.

Das dritte Konjunkturprogramm der Bundesregierung zur Stützung der Beschäftigung und Förderung einer konjunkturellen Belebung wird kurzfristig an dieser Abwärtstendenz der Beschäftigung wenig ändern können. Die Erfolge im weiteren Jahresverlauf werden sehr stark von den kommenden tarifpolitischen Entscheidungen abhängen. Ob diese Entscheidungen konjunkturgerecht ausfallen und damit die konjunkturpolitischen Maßnahmen flankieren, ist noch ungewiß. Die deutliche Mäßigung der Preisauftriebstendenz, die zum Jahresende sichtbar geworden ist, sollte jedoch zusammen mit den Einkommenswirkungen der Steuer- und Kindergeldreform den Abschluß konjunkturgerechter Tarifabkommen erleichtern. Wird dies von den Tarifpartnern beachtet, so tragen sie bei zum Abbau des wirtschaftspolitischen Dilemmas, das sich seit Mitte 1973 aus der Zunahme der Arbeitslosigkeit bei beschleunigt steigendem Preisniveau ergeben hatte.

## Struktur und Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in West-Berlin

Ende 1973 lebten rund 90 000<sup>1</sup> ausländische Arbeitskräfte – Arbeitnehmer und Arbeitslose – in West-Berlin. Gut jeder zehnte abhängig Beschäftigte hatte eine ausländische Staatsangehörigkeit. Damit entsprach die Ausländerdichte dieser Stadt annähernd dem Niveau des gesamten Bundesgebietes (11 vH), lag indes noch immer deutlich unter den Dichteziffern westdeutscher Industriestädte<sup>2</sup>.

Grund für die kräftige Zunahme der Ausländerbeschäftigung war der Arbeitskräftebedarf der ex-

pandierenden West-Berliner Wirtschaft. Dabei hat

<sup>1</sup> Diese Zahl ist eine eigene Fortschreibung der Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin vom Januar 1973. Seit dieser Zeit veröffentlicht das Amt die Anzahl der beschäftigten Ausländer nicht mehr; erst Mitte 1975 wird die Umstellung auf elektronische Datenerfassung soweit abgeschlossen sein, daß erste Ergebnisse zu erwarten sind. Das Statistische Landesamt hat die Anzahl der ausländischen Lohnsteuerkarteninhaber letztmalig zum 31. 12. 1973 ausgewiesen. Diese ist zwar nicht mit der Zahl der Arbeitnehmer identisch, die Entwicklungstendenz dieser Statistik war jedoch ein gutes Fortschreibungskriterium.

<sup>2</sup> Stuttgart, Frankfurt, München und Köln haben eine Dichte zwischen 18 und 25 vH.

**Ausländische Arbeitnehmer in Berlin (West) und in der Bundesrepublik<sup>1)</sup> 1968–1973**

Jahr	Personen		Zunahme gegenüber dem Vorjahr				Anteil an der Zahl aller Arbeitnehmer in vH		
			Absolut		in vH		Bln (W)	BRD	Bln (W) in vH der BRD
	Bln (W) <sup>2)</sup>	BRD <sup>2)</sup>	Bln (W)	BRD	Bln (W)	BRD			
1968 . . . . .	19 599	1 016 770	.	.	.	.	2,3	4,8	48
1969 . . . . .	34 215	1 357 905	14 616	341 135	74,6	33,6	4,0	6,2	65
1970 . . . . .	55 562	1 801 200	21 347	443 295	62,4	32,6	6,4	8,1	79
1971 . . . . .	72 057	2 128 350	16 495	327 150	29,7	18,2	8,5	9,5	89
1972 . . . . .	79 096	2 283 491	7 039	155 141	9,8	7,3	9,5	10,2	93
1973 <sup>3)</sup> . . . . .	85 500	2 500 000	6 404	216 509	8,1	9,5	10,4	11,1	94

1) Einschließlich Berlin (West). – 2) Zwölfmonatsdurchschnitt; Basisinformation für Januar, März, Juni und September vom Landesarbeitsamt Berlin, bzw. von der Bundesanstalt für Arbeit. Zwischenwerte durch Interpolation. – 3) Geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; Landesarbeitsamt Berlin; Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen des DIW.

sich zwar die Zahl der Arbeitnehmer von 1960 bis 1973 um rund 80 000 Personen vermindert; weit stärker war jedoch der Rückgang des Arbeitskräfteangebots aus der heimischen Bevölkerung. Bestrebt, im wirtschaftlichen Wachstum mit dem übrigen Bundesgebiet Schritt zu halten, blieb West-Berlin mithin auf Wanderungsgewinne angewiesen. Vor dem Bau der Mauer wurde der Bedarf weitgehend aus dem Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR gedeckt; seit dieser Zeit können zusätzliche Arbeitskräfte nur noch in Westdeutschland und im Ausland gewonnen werden. Bis zur Rezession in den Jahren 1966/67 war der Anteil der Ausländer gering. Danach gingen – bei annähernd konstantem Volumen der Fortzüge – die Zuzüge von Deutschen zurück. Zum Ausgleich dieses negativen Wanderungssaldos und der Verluste aufgrund der ungünstigen Altersstruktur war eine beträchtliche Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte erforderlich: Der Bestand hat sich seit 1968 vervierfacht.

Mit der steigenden Zahl ausländischer Arbeitnehmer veränderte sich auch die Nationalitätenstruktur. Betrug der Anteil der Türken und Jugoslawen im Jahre 1968 noch 32 bzw. 9 vH, so lag er 1973 bei 45 bzw. 22 vH. In der gleichen Zeit sank der Anteil der Griechen von 11 auf 7 vH. Im gesamten Bundesgebiet ist die Verteilung wesentlich gleichmäßiger; der Anteil von Türken, Jugoslawen und Italienern – letzterer ist in West-Berlin von untergeordneter Bedeutung – betrug 1973 jeweils rund 20 vH. Die

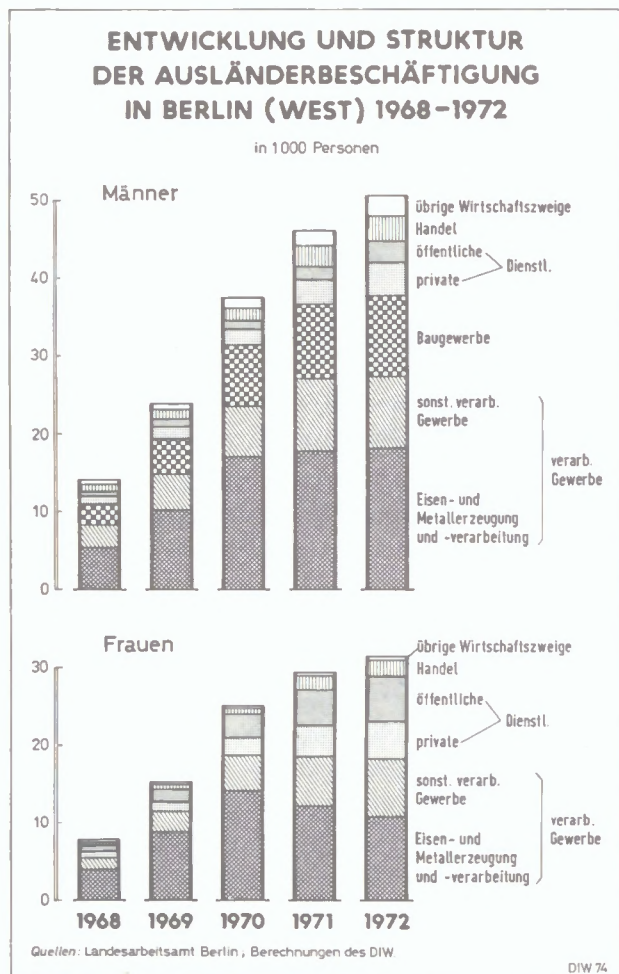
überdurchschnittliche Quote der Arbeitnehmer türkischer und jugoslawischer Nationalität in West-Berlin erklärt sich daraus, daß der massierte Zustrom ausländischer Arbeitnehmer hier erst 1968 einsetzte. Damals waren die italienischen Arbeitskraftreserven schon weitgehend ausgeschöpft; mithin wurden vornehmlich türkische und jugoslawische Arbeitnehmer angeworben. Künftig dürfte mit einem weiteren Anwachsen des türkischen Anteils zu rechnen sein, da das Nachzugspotential dieser Nationalität im Rahmen von Familienzusammenführungen besonders groß ist.

**Nationalitätenstruktur der ausländischen Arbeitnehmer in Berlin (West) und der BRD<sup>1)</sup> in den Jahren 1968–1973**

Jahr	Ausländische Arbeitnehmer der jeweiligen Nationalität in vH aller beschäftigten Ausländer			
	Türken	Jugoslawen	Griechen	andere
1968 Bln (W) . .	32,1	9,0	11,0	47,9
BRD . . . . .	13,8	10,3	13,7	62,2
1969 Bln (W) . .	34,4	27,2	8,4	30,0
BRD . . . . .	15,7	16,2	13,0	55,1
1970 Bln (W) . .	38,7	27,2	7,7	26,4
BRD . . . . .	17,8	20,7	12,7	48,8
1971 Bln (W) . .	41,7	27,1	7,7	23,5
BRD . . . . .	19,6	21,3	12,3	46,8
1972 Bln (W) . .	43,6	24,3	7,8	24,3
BRD . . . . .	21,4	20,3	11,7	46,6
1973 Bln (W) . .	45,2	21,9	7,4	25,5
BRD . . . . .	23,3	20,1	10,5	46,1

1) Einschl. Berlin (West).

Quellen: Landesarbeitsamt Berlin; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; Berechnungen des DIW.



Als Folge der Anwerbepolitik, die überwiegend auf jüngere Jahrgänge abzielte, waren Anfang 1973 mehr als 80 vH der ausländischen Arbeitskräfte – und zwar Frauen wie Männer – jünger als 40 Jahre; der entsprechende Anteil bei den Deutschen betrug demgegenüber nur rund 50 vH. Aufgrund der in jungen Jahrgängen besonders hohen altersspezifischen Erwerbsquoten ist die durchschnittliche Erwerbsquote der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 60 Jahren bei den Ausländern in West-Berlin erheblich höher als bei den Deutschen. Insgesamt geht über die Hälfte aller hier registrierten Ausländer einer Beschäftigung nach, was eine Steigerung der Erwerbsquote der Gesamtbevölkerung um über einen Prozentpunkt auf rund 43 vH bewirkt hat. Allerdings ist damit zu rechnen, daß die durchschnittliche Erwerbsquote der Ausländer in Zukunft sinken wird. Mit der Wohnsitznahme des Familienverbandes in der Stadt wird die Zahl der Kinder weiter zunehmen, einmal durch die Nachzüge, zum anderen durch

Geburten. Bei einem Bevölkerungsanteil der Ausländer von 8,5 vH hatte 1973 bereits jeder vierte Lebendgeborene eine ausländische Nationalität. Die wachsende Zahl der Kinder wird das Erwerbsverhalten der ausländischen Frauen verändern: Die altersspezifischen Erwerbsquoten dürften sich den geringeren deutschen annähern.

#### Schwerpunkt der Ausländerbeschäftigung in der Industrie

Rund 90 vH aller ausländischen Arbeitnehmer West-Berlins waren Ende 1972<sup>3</sup> in den Bereichen des verarbeitenden Gewerbes, der Bauwirtschaft sowie im Dienstleistungssektor beschäftigt – Bereiche, die insgesamt nur drei Viertel aller Arbeitnehmer auf sich vereinigen. Dabei arbeitete gut jeder zweite Ausländer – sowohl der Männer als auch der Frauen – im verarbeitenden Gewerbe; im Baugewerbe waren 13 vH aller Ausländer tätig. Die Konzentration im verarbeitenden Gewerbe hatte 1969/70 mit rund 70 vH ihren Höhepunkt erreicht. Seitdem expandierte vornehmlich die Beschäftigung in den dienstleistenden Berufen. Von 1968 bis 1972 hat sich hier der Ausländerstand mehr als versechsfacht. Der Anteil an der Gesamtzahl ausländischer Arbeitnehmer stieg – im privaten und öffentlichen Bereich – von jeweils 7 auf 11 vH. Tätigkeitsschwerpunkte sind Reinigung, Bedienung, Krankenpflege und Gartenbau – Beschäftigungen, bei denen der Einsatz von Frauen dominiert.

In der verarbeitenden Industrie West-Berlins war 1972 bereits jeder fünfte Arbeitnehmer Ausländer; damit wurde – wie schon in den beiden Jahren zuvor – das Niveau des gesamten Bundesgebietes geringfügig übertroffen. Die Ausländerdichte dieses Produktionsbereiches hatte 1968 – vor dem Beginn der massierten Ausländerzuwanderung nach West-Berlin – noch bei 5 vH gelegen. Eine branchenspezifische Betrachtung zeigt die besondere Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die Textilindustrie – über die Hälfte der Arbeitnehmer sind hier Ausländer – sowie für die EBM-Warenindustrie mit einer Dichte von 32 vH. Die Anteile in der Nahrungs- und Genußmittel-, der Elektroindustrie, der Industrie der Steine und Erden sowie im Maschinenbau entspra-

<sup>3</sup> Zeitpunkt der letzten Veröffentlichung von Strukturdaten durch die Arbeitsämter.

## Ausländische Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe West-Berlins und der Bundesrepublik<sup>1)</sup> 1968–1972

– jeweils Ende September –

Wirtschaftsbereich Branche		Zahl der ausländischen Arbeitnehmer <sup>2)</sup>					Bereichsquote <sup>3)</sup>					Ausländerdichte <sup>4)</sup>				
		1968	1969	1970	1971	1972	1968	1969	1970	1971	1972	1968	1969	1970	1971	1972
Verarbeitendes Gewerbe	BIn (W) BRD	13 790 685 044	26 334 979 355	42 233 1 256 955	45 629 1 384 816	45 452 1 420 097	100,0 100,0	100,0 100,0	100,0 100,0	100,0 100,0	100,0 100,0	5,3 8,8	9,9 11,9	15,8 14,7	17,7 16,4	18,7 17,2
darunter:																
Steine und Erden	BIn (W) BRD	624 22 965	747 28 554	841 35 559	776 42 920	799 43 987	4,5 3,4	2,8 2,9	2,0 2,8	1,7 3,1	1,8 3,1	13,7 9,2	16,8 11,6	17,3 14,1	16,4 16,7	17,0 17,0
Stahlbau	BIn (W) BRD	186 13 798	286 21 360	467 31 445	566 40 403	658 39 341	1,3 2,0	1,1 2,2	1,1 2,5	1,2 2,9	1,4 2,8	1,2 7,0	1,9 10,1	4,4 14,9	5,6 18,4	6,8 18,1
Maschinenbau <sup>5)</sup>	BIn (W) BRD	1 183 67 942	2 539 106 371	4 596 146 913	5 150 157 523	4 765 165 778	8,6 9,9	9,6 10,9	10,9 11,7	11,3 11,4	10,5 11,7	4,0 6,3	7,6 9,2	12,2 12,3	14,5 13,3	14,7 14,6
Elektrotechnik <sup>6)</sup>	BIn (W) BRD	6 786 83 676	13 783 131 882	21 774 178 075	19 044 177 996	18 359 187 190	49,2 12,2	52,3 13,5	51,6 14,2	41,7 12,9	40,4 13,2	7,3 8,8	14,4 12,6	21,7 15,7	20,5 16,2	21,1 17,2
EBM-Waren	BIn (W) BRD	345 63 324	766 94 220	1 374 119 768	1 845 133 074	2 044 138 634	2,5 9,2	2,9 9,6	3,3 9,5	4,0 9,6	4,5 9,8	4,9 15,6	10,4 22,1	20,1 27,9	29,2 31,3	31,6 32,7
Chemie	BIn (W) BRD	567 38 191	899 49 626	1 167 61 727	1 315 65 474	1 464 66 667	4,1 5,6	3,4 5,1	2,8 4,9	2,9 4,7	3,2 4,7	4,8 6,6	7,5 8,0	9,4 9,6	10,5 10,4	11,6 10,7
Druckgewerbe	BIn (W) BRD	210 8 258	315 10 636	380 13 103	655 15 522	678 16 785	1,5 1,2	1,2 1,1	0,9 1,0	1,4 1,1	1,5 1,2	1,9 3,7	2,9 4,6	3,6 5,6	6,1 6,6	7,0 7,3
Textilgewerbe	BIn (W) BRD	930 64 988	1 462 85 709	2 559 95 431	4 840 105 369	3 779 105 495	6,7 9,5	5,6 8,8	6,1 7,6	10,6 7,6	8,3 7,4	17,6 13,1	24,6 16,7	40,1 19,0	64,9 21,8	54,8 23,1
Bekleidungs-gewerbe	BIn (W) BRD	510 28 636	958 38 602	1 341 43 878	1 642 51 471	1 946 58 595	3,7 4,2	3,6 3,9	3,2 3,5	3,6 3,7	4,3 4,1	2,1 7,6	4,2 9,9	6,7 11,4	8,9 13,6	11,5 15,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	BIn (W) BRD	956 40 499	1 428 49 099	2 318 63 255	3 417 77 232	4 205 81 045	6,9 5,9	5,4 5,0	5,5 5,0	7,5 5,6	9,3 5,7	5,0 8,2	7,4 9,8	12,0 12,5	17,8 15,3	22,4 16,4
Tabakindustrie	BIn (W) BRD	41 1 056	55 1 214	87 1 450	131 1 716	142 2 011	0,3 0,2	0,2 0,1	0,2 0,1	0,3 0,1	0,3 0,1	1,0 3,2	1,3 3,8	1,9 4,7	2,8 5,8	3,0 7,1

1) Einschließlich Berlin (West). – 2) Gesamtzahl der ausländischen Arbeitnehmer einschließlich der in handwerklichen Betrieben beschäftigten. – 3) Ausländische Arbeitnehmer der jeweiligen Branche in vH aller unselbständig beschäftigten Ausländer im Verarbeitenden Gewerbe. – 4) Ausländische in vH aller industriell tätigen Arbeitnehmer der jeweiligen Branche. Die ausgewiesene Ausländerdichte ist leicht überhöht: Die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer umfaßt auch die in handwerklichen Betrieben beschäftigten. Aufgrund der geringen Bedeutung der Ausländerbeschäftigung im Handwerk – Folge spezieller Qualifikationsanforderungen – ist dieser Fehler jedoch nicht wesentlich. Im Zuge der vorliegenden, regional vergleichenden Untersuchung kommt es überdies weniger auf die absolute Höhe der Dichteziffern an als auf Niveaudifferenzen: Diesem Erfordernis wird durch die Anwendung gleicher Berechnungsmethoden für Berlin (West) und die Bundesrepublik entsprochen. – 5) Einschließlich Herstellung von Büromaschinen. – 6) Einschließlich Herstellung von EDV-Geräten und -Einrichtungen.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Landesarbeitsamt Berlin; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; Berechnungen des DIW.

chen dem Durchschnitt. Außerordentlich gering waren sie in der Tabakindustrie (3 vH), im Stahlbau und im Druckgewerbe (jeweils 8 vH).

Im Vergleich mit den Ausländerdichten des Bundesgebietes ergeben sich in der Regel nur unerhebliche Unterschiede. Lediglich in drei der untersuchten Fertigungsbereiche sind sie beträchtlich: Während in West-Berlin die Dichte im Textilgewerbe weit mehr als doppelt so hoch ist wie im Bund, erreicht sie in der Tabakindustrie und im Stahlbau jeweils nur knapp die Hälfte des westdeutschen Niveaus.

Im Rahmen seines Investitionstests 1973/74 ist das DIW erstmals der Frage nachgegangen, ob die betriebsspezifische Ausländerdichte mit der Betriebsgröße zusammenhängt. Die Auswertung der Befragung ergab, daß die Dichteziffer mit der Betriebsgröße steigt. Im Durchschnitt aller Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten ist jeder zehnte Arbeitnehmer Ausländer, in Großbetrieben (über 1000 Beschäftigte) bereits jeder fünfte. Die Tendenz gilt für fast alle Fertigungszweige, wengleich die Bereichsdichten zum Teil erheblich differieren. Wesentliche Gründe dürften einmal in Kostenüberlegungen liegen — für einen Kleinbetrieb sind die Lohnnebenkosten (Mietbeihilfen usw.) oft schwerer zu tragen —, zum anderen auf höheren Qualifikationsanforderungen beruhen — Kleinbetriebe benötigen in stärkerem Maße qualifizierte und selbständige Arbeitskräfte mit guten Deutschkenntnissen.

#### **Vorläufiger Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung überschritten**

Ende 1973 hatte die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Als Folge der im November 1973 von der Bundesregierung verfügten vorläufigen Einstellung der Anwerbetätigkeit ist zu vermuten, daß die Beschäftigung im Jahresverlauf 1974 leicht abgenommen hat: Nur knapp 4000 Zugezogene — zumeist besondere Fachkräfte, Asylberechtigte und nachgezogene Angehörige im Rahmen der Familienzusammenführung aus Nicht-EG-Staaten — erhielten eine erstmalige Arbeitserlaubnis. Auch die Zahl der Zuwanderungen von Ausländern aus Westdeutschland und den EGLändern dürfte gering gewesen sein. Höher als die Zahl dieser Zuzüge ist der Umfang der Fortzüge zu

veranschlagen, insbesondere als Folge der verschlechterten Arbeitsmarktsituation.

Der Arbeitskräfteüberhang — erstmals seit 1961 gab es im Jahresmittel 1974 auch in West-Berlin wieder mehr Arbeitslose als offene Stellen — führte zu einer besonders hohen Arbeitslosenquote unter den Ausländern: Sie betrug Ende Dezember 1974 7,5 vH und lag damit weit über der Quote bei den Deutschen (2,9 vH)<sup>4</sup>. Ausschlaggebend dafür ist, daß die Ausländer überwiegend in Bereichen tätig sind, die von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen sind, wie die Metallbearbeitung. Darüber hinaus werden bei Arbeitseinschränkungen Ausländer eher entlassen, sei es, weil sie im Durchschnitt weniger qualifiziert sind, oder aber eine kürzere Betriebszugehörigkeit aufweisen.

Mit der sich für den Winter 1974/75 abzeichnenden Verschärfung der Arbeitsmarktlage erließ die Bundesanstalt für Arbeit in Abstimmung mit dem Bundesarbeitsministerium neue Richtlinien zur Ausländerbeschäftigung: Eine abgelaufene Arbeitserlaubnis für Arbeitnehmer aus Staaten, die nicht der EG angehören, soll nur noch dann verlängert werden, wenn für die betreffende Stelle kein einheimischer Arbeitssuchender vermittelt werden kann. Zwar ist dabei geplant, bestehende Beschäftigungsverhältnisse in der Regel zu erhalten, gleichwohl schließt dies Eingriffe in Schwerpunktbereiche der Arbeitslosigkeit nicht aus.

Aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation scheint diese Maßnahme zunächst gerechtfertigt; bei mittelfristiger Betrachtung bleibt jedoch zu bedenken, daß sie, verbunden mit der Einstellung der Anwerbetätigkeit, unerwünschte Folgen hat: Wirtschaftliche Zielprojektionen für West-Berlin weisen auf einen Arbeitskräftebedarf hin, der auch künftig nicht allein aus dem deutschen Potential gedeckt werden kann. Ein Bestand an ausländischen Arbeitskräften in gegenwärtiger Größenordnung dürfte deshalb auch weiterhin erforderlich sein. Dem widerspricht ein Abbau von Arbeitskräften, die in ihrer überwie-

<sup>4</sup> Diese Arbeitslosenquoten weichen von denen des Landesarbeitsamtes geringfügig ab. Die amtliche Rechnung bezieht die jeweiligen Arbeitslosen auf insgesamt 868 183 Arbeitnehmer und Arbeitslose im April 1971 bzw. 83 683 Ausländer im Januar 1973. Die eigenen Berechnungen gehen vom Stand Dezember 1974 aus: Schätzungsweise 90 000 ausländische sowie 740 000 deutsche Arbeitnehmer und Arbeitslose.

## Branchenspezifische Ausländerdichte<sup>1)</sup> in der West-Berliner Industrie nach Beschäftigtengrößenklassen<sup>2)</sup>

Stand Ende September 1973

Industriehauptgruppe Industriegruppe	Betriebe mit ... Beschäftigten						alle Betriebe
	bis 49	50-99	100-199	200-499	500-999	1000 und mehr	
<b>Produktionsmittelindustrien</b> . . . . .	<b>12,1</b>	<b>13,7</b>	<b>22,8</b>	<b>18,9</b>	<b>22,8</b>	<b>24,8</b>	<b>22,0</b>
Steine und Erden . . . . .	11,0	10,7	<	27,4	>	>	21,6
Eisen und Stahl (einschl. Gießereien) . . . . .	1,1	<	25,6	>	-	-	23,0
NE-Metalle (einschl. Gießereien) . . . . .	17,6	45,0	36,5	<	29,8	>	31,3
Sägewerke und Holzbearbeitung . . . . .	<	>	46,4	>	-	-	46,4
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung . . . . .	16,7	13,3	29,7	-	-	-	20,9
Stahlbau (einschl. Leichtmetallbau) . . . . .	7,4	7,7	10,9	<	15,7	>	12,8
Maschinenbau . . . . .	11,4	9,6	10,5	13,9	7,2	13,5	12,3
Büromaschinen, Datenverarbeitung . . . . .	20,3	<	8,1	>	<	14,2	>
Fahrzeugbau (einschl. Schiffbau) . . . . .	11,1	13,8	14,5	15,4	-	42,4	31,1
Elektrotechnik . . . . .	13,5	19,5	24,3	16,7	27,9	26,0	25,4
Feinmechanik und Optik . . . . .	5,2	5,9	9,9	<	19,6	>	11,8
EBM-Waren . . . . .	18,7	13,2	26,9	<	28,9	>	23,6
<b>Verbrauchsgüterindustrien</b> . . . . .	<b>11,1</b>	<b>12,4</b>	<b>15,1</b>	<b>25,0</b>	<b>9,0</b>	<b>14,3</b>	<b>15,1</b>
Musikinstrumente, Spielwaren usw. . . . .	12,9	<	21,3	>	-	-	18,0
Chemie (einschl. Mineralölverarbeitung) . . . . .	6,0	4,3	9,1	<	>	13,7	>
Feinkeramik und Glas . . . . .	-	<	18,0	>	25,7	-	21,4
Holzverarbeitung . . . . .	9,6	15,6	<	22,1	>	-	16,8
Papierherzeugung und -verarbeitung . . . . .	12,5	16,3	<	20,9	>	-	17,2
Druckereien . . . . .	3,8	4,5	5,0	<	6,9	>	5,2
Kunststoffverarbeitung . . . . .	19,6	22,0	<	32,6	>	-	26,0
Gummi- und Asbestverarbeitung . . . . .	10,7	<	56,9	>	-	-	22,6
Lederverarbeitung und Schuhe . . . . .	<	>	8,2	-	-	-	8,2
Textil . . . . .	29,9	49,9	48,0	<	50,3	>	46,4
Bekleidung . . . . .	6,5	6,0	7,9	2,9	-	-	5,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie (ohne Tabak) . . . . .	14,5	13,2	12,4	32,2	<	12,7	>
Tabakverarbeitung . . . . .	<	5,6	>	<	1,6	>	1,2
<b>Industrie, insgesamt</b> . . . . .	<b>11,5</b>	<b>13,0</b>	<b>16,6</b>	<b>21,6</b>	<b>17,3</b>	<b>23,8</b>	<b>19,7</b>

1) Anteil der ausländischen an der Gesamtzahl der Beschäftigten. 2) Aus Geheimhaltungsgründen können weniger als drei Betriebe in einer oder mehreren Beschäftigtengrößenklassen nicht ausgewiesen werden. Die Klammer drückt die Zusammenfassung einzelner Klassen aus.

Quelle: DIW-Investitionstest 1973/74. Repräsentationsgrad: 96 vH gemessen an der Zahl der Beschäftigten.

genden Zahl mit den Arbeits- und Lebensbedingungen hier bereits vertraut sind. Eine Reduzierung der Ausländerbeschäftigung allein aus konjunkturellen Gründen ist zudem aufgrund humanitärer und sozialstaatlicher Erwägungen kaum zu vertreten.

Eine Gleichbehandlung des ausländischen Bevölkerungsteils entspricht den politischen Leitvorstellungen des Senats, die eine „bedarfsorientierte Integration“ zum Ziele haben. Diese Integration erfordert sowohl eine entsprechende Bereitschaft seitens der ausländischen und deutschen Bevölkerung als auch die Bereitstellung von Einrichtungen der Infrastruktur. Hier bestehen ohnehin partiell Versorgungslücken, die durch den ausländerspezifischen Bedarf noch vergrößert werden. Es wurden zwar Begegnungsstätten, Fortbildungs- und spezielle Beratungseinrichtungen sowie Schulplätze geschaffen, dennoch sind zum Teil erhebliche Mängel geblieben.

Insbesondere ist die Versorgung mit angemessenem Wohnraum unzureichend, ein Tatbestand, der in der Konzentration der Ausländer in Gebieten mit einem besonders schlechten Wohnungsbestand zum Ausdruck kommt. Um einer weiteren Ballung entgegenzuwirken, erließ der Senat von Berlin eine Zuzugssperre für Kreuzberg, Wedding und Tiergarten — Bezirke mit besonders hohen Ausländeranteilen. Zugleich sollen jährlich 2000 Wohnungen speziell für diesen Personenkreis bereitgestellt werden. Allerdings bleibt zu prüfen, ob diese Maßnahmen auf Dauer dem Problem gerecht werden. Einmal verschärft eine restriktive Steuerung der Wanderungen innerhalb West-Berlins tendenziell das Problem der illegalen Wohnsitznahme. Zum anderen könnte eine breitere regionale Streuung zur Isolation der Ausländer untereinander führen, ohne die Abgrenzung zwischen der deutschen und ausländischen Bevölkerung zu mildern.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5  
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt †

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich  
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Egon R. Baumgart

*Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe* bearbeitet von Gerhard Göseke. — *Struktur und Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in West-Berlin* bearbeitet von Uwe Müller.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: ZIPPEL-DRUCK, Herbert Zippel KG, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.